

Sitzung 12: 23.10.19 – Die Entwicklung des modernen Staates

Staatenbildung gegenüber Konstruktion der Nation, zwei verschiedene Punkte
(Heute Staatenherausbildung, nächstes Mal Konstruktion der Nation)

Der moderne Staat: ab dem 15. Jahrhundert. Nationalstaat allerdings neueres Phänomen:
Herausbildung im Laufe des 19. Jahrhundert (neue Einheiten).

- Territoriale Zentralisierung, administrative Standardisierung: Staatsherausbildung (Rationalisierung)
- Entstehung neue Identität / kulturelle Integration / gesellschaftliche Solidarität: – Konstruktion der Nation (Aufbau einer Bürgerschaft): Rechte / Pflichten (V13!)

Einen neuen / modernen Typ von Staat:

Der Staat ist national, rational, aber auch „demokratisch“ (liberal, repräsentativ, staatsrechtlich), säkularisiert (Trennung Staat – Kirche) und sozial (nicht nur politische sondern auch soziale Rechte gewährleistet).

Zwei Revolutionen

Revolution als Begriff für einen grundsätzlichen Wandel (nicht ein historisches Ereignis).
Nationale Revolution, industrielle Revolution

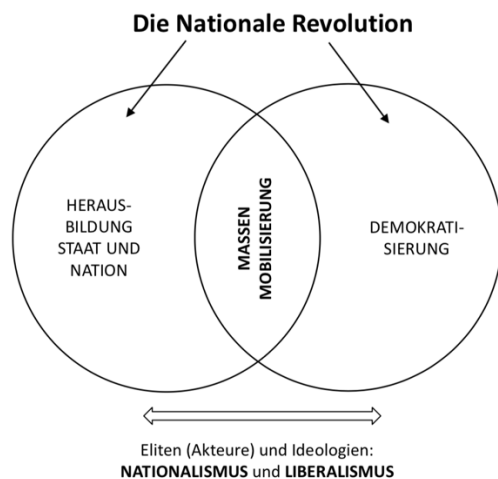
Nationale Revolution:

- Die Herausbildung des Staates (heutige Vorlesung).
- Die Konstruktion der Nation (nächste Vorlesung).
- Dessen Liberalisierung und Demokratisierung.
- Betrifft: „neuere“ und „ältere“ Staaten.

Industrielle Revolution: (wirtschaftlicher sowie gesellschaftlicher Wandel)

- Der soziale Staat (Wohlfahrtsstaat); Die Bürgerschaft als Element der modernen Nation (nächste Woche).
- Soziale Mobilisierung:
Agrar- zu Industriegesellschaft.
Land- zu Urbanstruktur.
Erweiterung zu Kleinfamilien.
- Politische Mobilisierung:
Arbeiterschicht. Gewerkschaften und Parteien.

Nation heisst, dass das Volk Teil davon ist. Nicht mehr Trennung zwischen Elite und Volk,
Massenmobilisierung.



Der Staat *ist* ein Gebiet/Territorium, nicht er *hat* ein Gebiet/Territorium.

Staat: Zwingende Organisation und exklusive Organisation über ein Gebiet. (Max Weber)

Dann Funktionen:

1. Verteidigung gegen Aussen: Militär
2. Innere Ordnung: Recht (Eigentum, Vertrag) Bürokratie, Gewaltmonopol etc.
3. Finanzen: Steuererhebung (taxation state)

Mafia Bsp.: Staat innerhalb des Staates, doch ein starker Staat lässt dies nicht zu.

Spezialisierung des Staates = politische Aktivitäten.

Rechtsstaat und Verfassung (Gewaltentrennung)

Auch noch Trennung gegenüber:

- Religion.
- Markt.
- Öffentlichkeit: Bürgerrechte (zivile Rechte)
- Wissenschaft.

Internationaler Wettbewerb mit Sicherheitsgedanken, führt auch zu Verbesserung im sozialen Bereich.

Eigenschaften des modernen/liberalen Staates

Nationalisierung

1. National! Nicht nur Eliten sondern auch Mobilisierung von Massen
2. Das Individuum (nicht mehr Untertan) bekommt Rechte (Verteidigung (gegen den Staat), Wirtschaft). So wird Einwohner ein wichtiger Akteur, ein Bürger. Damit einher gehen Pflichten (Steuern, Wehrpflicht, Schulpflicht, Wahlpflicht etc.)
-> Entstehung Bürgerschaft, verteilt über alle.

Rationalisierung:

1. Territoriale Standardisierung (Währungen, Masse etc.) -> Verwaltung
2. Zentralisierung von Kompetenzen (z.B. Steuererhebung, Post etc.) -> Hierarchie

Säkularisierung:

1. Trennung Staat/Religion.
2. Ende klerikaler/aristokratischer Privilegien
3. Sozialisierung über neue Werte: Individualisierung und Bürgerschaft.

Demokratisierung der politischen Partizipation (Liberalismus)

1. Zivile und ökonomische Rechte (Meinungsfreiheit)
 2. Politische Rechte (Wahlrechte)
 3. Soziale Rechte
- ➔ Also auch ein Sozialstaat! (Indem er mehr als juristische Gleichheit als Ziel hat)

City-Belt Modell – Karte von Europa

➔ Zeitliche Variationen in Staatenherausbildung!

Der Kern (Städte-Gürtel) mit vielen Handelszentren und Städten ist wirtschaftlich, kulturell und religiös komplex. Handelsroutengürtel.

➔ Spätere Herausbildung von Staaten im Zentrum.

Weil: politisch/territorial fragmentiert. Machtgleichgewicht.

Peripherie mehr maritimer Handel, dadurch Konzentration auf wenige Zentren

➔ Frühere Herausbildung von Staaten in der Peripherie.

Weil: Dominanz von starken Zentren, Kontrolle über Territorien (interne Ordnung, externe Grenzen) und Verwaltungsstruktur.

Formen der Staatenherausbildung

1. Ältere/frühere Herausbildung des Absolutismus in:
England, Frankreich, Spanien, Schweden, Dänemark, Russland, Japan.
2. Unabhängigkeit/Sezession:
Religiös: Belgien (1830), Irland (1922) (katholische Gebiete in Protestantischen Gebieten spalten sich ab)
3. Vereinigung:
Deutschland, CH. Italien und USA (mit Unabhängigkeit verknüpft)
4. Ende multinationaler Reiche: (wegen nationalistischen Bewegungen)
Habsburg, Osmanisches Reich, Zaristisches Reich (Russland, Abspaltung Polen, Ukraine etc.)
Ende Kolonialismus (Mexiko, Südamerika, Südafrika, Indien)
5. Britisches Commonwealth:
Multi-nationaler Staat: England, Schottland, Wales, Irland.
Commonwealth: Kanada, Australien, Neuseeland...
6. Doktrin der Selbstdeterminierung (US-Präsident Wilson)
Nach Ende 1. WK (Schutz des Weltfriedens, Vermeidung weltweiter Konflikte, Förderung Demokratie, Marktwirtschaft und Kapitalismus, *nicht* isolationistisch!)
7. Dritte Welle Unabhängigkeitsbewegung, Ende Kolonialismus:
(Afrika, Naher Osten, Asien)
8. Sowjetunion und EU. (Osteuropa)

Der soziale Staat/ Wohlfahrtsstaat

Unsere modernen Staaten sind auch Sozialstaaten!

Wichtiger Schritt in Demokratisierung, nicht nur Zivile und politische Rechte sondern auch soziale Rechte! Soziale Gleichheit neben der legal/politischen.

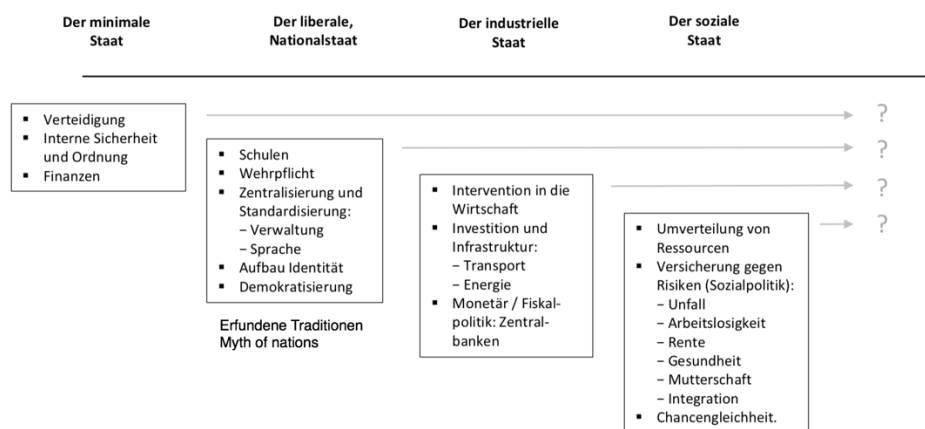
Korrekturen von Ungleichheit entstanden durch:

- ➔ Kapitalismus/Marktwirtschaft. -> Umverteilung.
- ➔ Persönliche Vorteile. -> Chancengleichheit (zb. Schulen, Umverteilung Privilegien)
- ➔ Kompensation von sozialen Risiken. -> Versicherung

Ausdehnung der minimal-Funktionen des Staates durch:

Schutz vor sozialen Risiken und sichert minimales Niveau in diesen Bereichen; Korrektur von sozialen Ungleichheiten. Basiert auf der „Idee“ von Gesellschaft und Gerechtigkeit.

Funktion des Staates in zeitlich gesamthaftem Trend:



Heute wieder gegensätzliche Entwicklung? Staat gibt wieder Kompetenzen/Funktionen ab. Regulation statt Intervention. -> Privatisierung von Kernkompetenzen wie Militär, Gefängnisse. Vermarktung Staatsaktivitäten. Marktlogik anstatt Kollektivlogik.

- ➔ Risiko: Verlust an Kompetenzen untergräbt (output-)Legitimität des Staates!

Sitzung 13: 28.10.19 – Konstruktion der Nation

Konstruktion der Nation als multi-theoretischer Ansatz, verschiedene Logik dahinter. Rational, strategische Machtlogik; normative, emotionale, psychologische Logik; Sozio-ökonomische, strukturelle Logik.

Nationalismus als moderner Begriff und modernes Phänomen (18 Jh.).

Gemeint ist eine politische Bewegung mit einer spezifischen Ideologie, bei der die Nation im Zentrum steht. Nation als autonom und vereinigt (Identität sowie Territorium).

Definition Nationalismus als Ideologie:

Weltanschauung (Welt *ist* so). Ein politisches Projekt welches beruhend auf einer Vision die Veränderung der Welt erzielen will.

Ziel: Autonomie, Einheit, Identität.

Verlangt Handlungen von einer Bewegung und Institutionen.

➔ Nationalisten (Akteure) und Nationalistische Aktion.

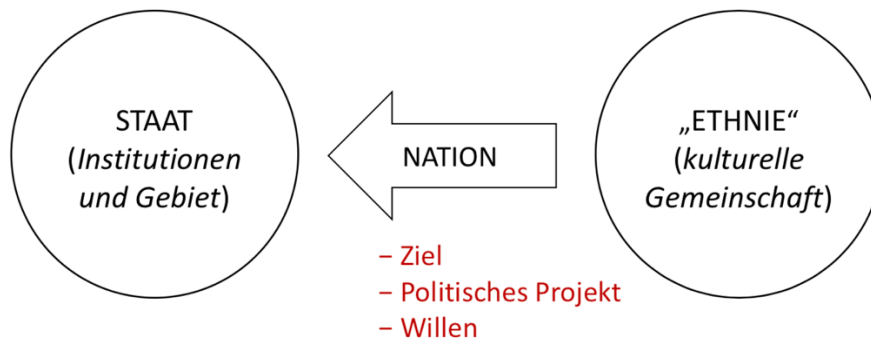
Setzt Definition Nation voraus:

Schwierig fassbarer Begriff!

Objektive Faktoren (Sprache, Gebiet, Traditionen) zu beschränkend und subjektive Faktoren (Gefühle, Einstellungen, Werte, Identität) zu offen, jede Gruppe würde eine Nation.

Eine Nation befindet sich zwischen «Ethnie» und Staat.

Im Kern steht der Wille eine Nation zu sein.



Kurden sind bspw. eine Nation.

Nation ist unabhängig von nationaler Identität. Nationale Identität ist, womit wir die Nation füllen. Nation sein zu wollen beantwortet noch nicht die Frage wie diese Nation sein soll.

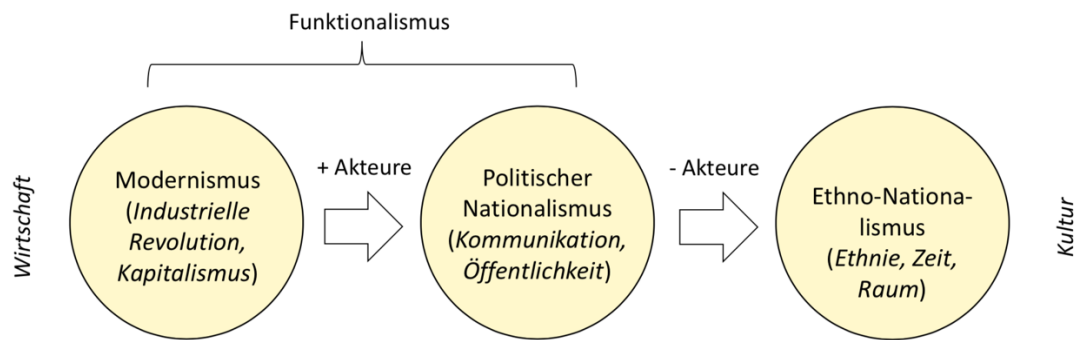
Zusätzlich wichtige Gruppendimension: Raum und Zeit.

Zeit: Retrospektiv (Gründungsmythen) und Prospektiv (Aufopferung folgende Generationen)

Raum: Heimatland hat zentrale Rolle, Territoriale Souveränität und Individuum als Teil von etwas Grösserem.

David Miller: Nation ...

- ... ist eine historisch erweiterte Gemeinschaft.
- ... hat einen gemeinsamen Glauben, dass MitgliederInnen durch Vorfahren verbunden sind.
- ... hat gegenseitige Verpflichtungen (Rechte und Pflichten): Solidarität.
- ... hat eine Verbindung mit territorialem Gebiet.
- ... besitzt eine eigene separate Kultur.
- ... hat einen „Namen“ (Anthony Smith).

Theorien zur Nation/Nationalismus:Modernismus:

Sozio-kulturell: (Gellner)

Nationalismus/nationale Identität als Funktion der modernen Gesellschaft.

Sie ist Produkt und Ursache sozialer Mobilisierung, denn ohne Kommunikation und Mobilisierung unter verschiedenen/kleinen Gruppen kann es keine Nation geben.

(Unterschied Vormoderne/Agrargesellschaft und Moderne/Industriegesellschaft)

Nationale Identität ersetzt frühere Identitäten in der neuen Massengesellschaft, es ist also ein Massenphänomen.

Sozio-ökonomisch: (Nairn/Hechter)

Kapitalismus und Industrialisierung als separate Phänomene, Kapitalismus ist zentral. Denn Nationalismus gibt es auch in Ländern der Peripherie, Nationalismus durch Kolonisation im Imperialismus.

Akteure und Ideologie sind nicht zentral! Idee des Nationalismus Nationen erfindet.

->führt zum Konstruktivismus.

Politischer Nationalismus:

Nationen als Erfindung: Erik Hobsbawm *The Invention of Tradition*

Die moderne Nation als soziales Konstrukt.

Nationen als Bedeutung: Benedict Anderson *Imagined Communities*

Nationen als Diskurse und Narrative, als Kompensation für den Verlust an Bedeutung durch Rückzug von Religion und Monarchie. Gedruckter Kapitalismus.

Rolle von Akteuren und Ideologie: Staatliche/politische Perspektive (Mann, Breuilly, Giddens)
Wer konstruiert und warum?

Nationaler Staat (zentralisiert, rationalisiert) will Festigung interner Kontrolle und verbesserte internationale Stellung.

Funktionalistisch! Parallel zum wirtschaftlichen/gesellschaftlichen Wandel.

Ethno-Nationalismus:

Symbolismus: (Anthony Smith)

Nicht alles ist konstruiert/erfunden, wir können rekonstruieren. Nationalismus hat historischen und räumlichen Kontext, der gegeben ist. Projektion in Vergangenheit/Zukunft. Kontinuität von Namen und Besetzung von Territorien. Ethnien als «vornationale Völker».

Sprache und Öffentlichkeit

Nationalisierung von Sprache und Religion auf nationale Standards. (z.B. Frankreich)

Strukturwandel der Öffentlichkeit: Jürgen Habermas

Die gemeinsame Sprache ist zentral für nationale politische Debatten und so auch für die Demokratie. Erst Alphabetisierung und Medien ab 18 Jh. ermöglichten politische Partizipation und Verbreitung in alle Schichten.

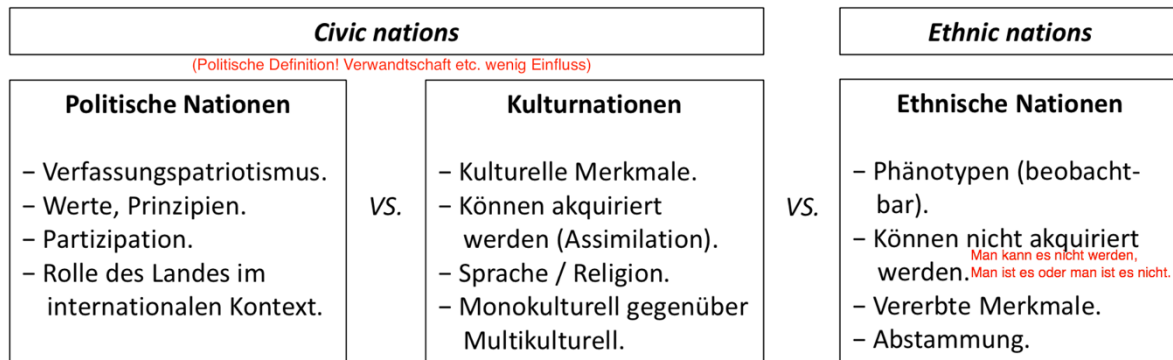
Demokratische / partizipative Definition von Nation:

Verfassungspatriotismus. Politischer Typ von Nation. Bürgerschaft.

Es gibt verschiedene Typen von Nationen und nationaler Identität:

Definition: Bewusstsein einer Nation. Stärke, Stabilität, Merkmale sowie Selbstkritik schwanken enorm über die Zeit.

1.



2.

Organisch (Kulturnationen)	Voluntaristisch (Willensnationen) <small>z.B. Frankreich</small>
<i>Treitschke</i> : Kriterien von Ethnizität, Sprache, Abstammung, „Blut“	<i>Renan</i> : politische Kriterien und Wille basierend auf Rationalität
Romantizismus (<i>Volksgeist</i>)	Aufklärung (täglicher Plebiszit)
Hans Kohn: Östlicher Nationalismus <ul style="list-style-type: none"> ▪ Emotionale Bindungen ▪ Kultur und Schicksal ▪ Klasse: feudale Grundbesitzer 	Hans Kohn: Westlicher Nationalismus <ul style="list-style-type: none"> ▪ Rationaler Verband ▪ Gesetz und territoriales Gebiet ▪ Klasse: das Bürgertum
Gemeinschaft	Gesellschaft
Ethno-kultureller Nationalismus	Republikanischer Patriotismus
Ethnisch (Volk)	Zivil (Bürgerschaft)
Brubaker: <i>jus sanguinis</i> <small>über das Blut</small>	Brubaker: <i>jus soli</i>

Die Definition der Identität innerhalb eines Landes ist ein konfliktgeladener und politischer umstrittener Prozess (nicht homogen!).

Oft bereits politische (Willensnation) und kulturelle Definition der Nation im Konflikt. (Bsp. USA)

Fazit:

Es gibt zwei Ebenen im Nationalismus:

- «Dimensionen der Irrationalität»
Geographischer Determinismus und Bedarf nach Identität.
- «Dimension der Rationalität»
Staat als rationaler Akteur mit Institutionen. Individuum benötigt Gemeinschaft zum Überleben, deswegen rationales Bedürfnis nach Verbundenheit.

Sitzung 14: 30.10.19 – Staatszerfall und -reform: Bürgerkrieg **Hannah Smidt** (Letzte Sitzung von Block II, Macht & Staat)

Staatszerfall ist ein empirisch heterogenes Phänomen:

Viele Formen:

1. Revolutionärer/Ethnischer Bürgerkrieg
 Bsp. Revolutionärer Bürgerkrieg Kolumbien, Farc
 Bsp. Ethnischer Bürgerkrieg, Jugoslawien, in dessen Zeit J. in viele Staaten zerfiel
2. Genozid/Politizid. Wenn Staat die eigene Bev. nicht mehr schützt. Bsp. Rwanda
3. Abrupter Regimewandel, Bsp. Burundi, von (nicht) Demokratie zu Autokratie

Enge Definition von Staatszerfall:

Kernelemente des (idealtypischen) Staates (Max Weber):

1. Staatsvolk: Gemeinwesen, menschliche Gemeinschaft
2. Staatsgebiet: Territorial begrenztes Gebiet
3. Staatsgewalt: Legitimes (!) Gewaltmonopol

Staatszerfall ist dann, wenn diese Kernelemente zerfallen. Vor allem das legitime Gewaltmonopol!

Staatszerfall ausserdem, wenn Staat als Instrument zur Plünderung und Selbstbereicherung verwendet wird!

Oft kommen diese unterschiedlichen Formen von Staatszerfall gleichzeitig vor!

Zb. Burundi, Regimewechsel führte zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen

Empirische Operationalisierung Enge Definition: Auftreten eines gravierenden Ereignisses, welches das (legitime) Gewaltmonopol des Staates erodiert. Solche Ereignisse sind eben oben genannte Formen des Staatszerfalls. Mass: Ereignis tritt auf oder nicht.

Ziel: Vorhersage von Staatszerfall.

Motivation Staatszerfall verstehen zu wollen:

Humanitäre Katastrophen, Terrorismus und Kriminalität, Instabilität einer ganzen Region, Wirtschaftskrisen.

Paradoxon: Externe Souveränität ohne interne Souveränität

Bei Staatszerfall verlieren Staaten die innere Souveränität, jedoch verlieren sie nicht die externen/internationalen Souveränität.

→ Paradox!

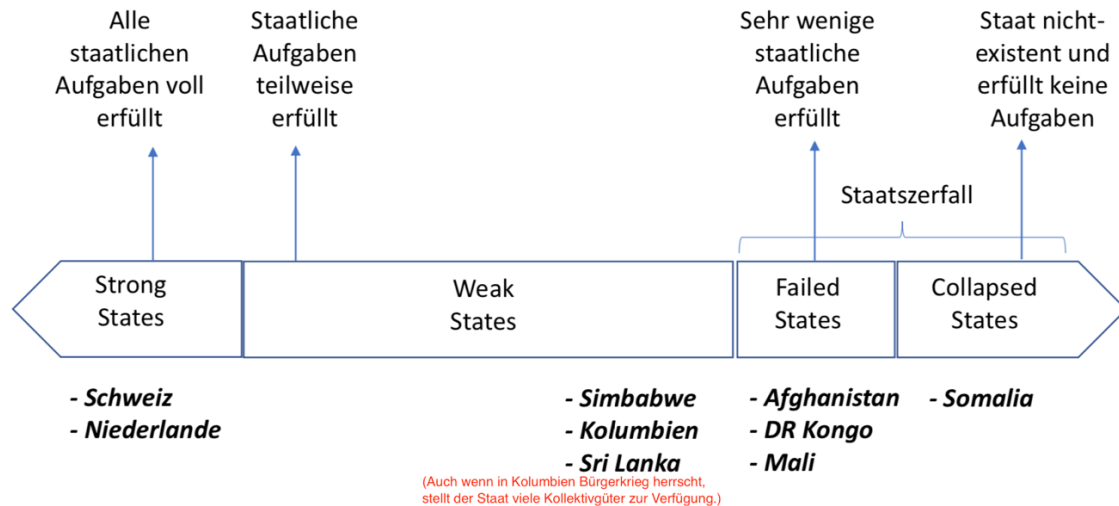
Failed States existieren weiter ohne, dass sich Drittstaaten einmischen dürfen.

Weite Definition von Staatszerfall:

Staatszerfall, wenn Staat Kernaufgaben nicht mehr erfüllt.

Kernaufgaben sind:

- Sicherheit
- Rechtsstaatlichkeit
- Bürgerrechte und politische Rechte (Partizipation und Meinungsfreiheit)
- (andere) Gemeingüter



Beispiel Kongo:

Kein historisch gewachsener Nationalstaat sondern, willkürlich gezogene Staatsgrenzen 1960 Unabhängigkeit, viel einzelne ethnische Gruppierungen. Kein erprobter Staat! Rechtstaatliche Institutionen sowie Infrastruktur schwach und teilweise gar nicht vorhanden.

- ➔ Rebellengruppen bereichern sich; Regierung ist (bis heute) extrem korrupt; Vetternwirtschaft der Machelite. Plünderten teilweise die Staatskassen.

Fehlende Versorgung der Grundbedürfnisse der Bev.! Platz 176 von 189!

Empirische Messung/Operationalisierung weite Definition:

State Fragility Index SFI (Ranking 1-120, über Länder und Zeit)

Wie sehr vernachlässigt der Staat seine Kernaufgaben?

Ziel: Beschreibung, Politikberatung

Die Welt ist heute stabiler als noch vor 10 Jahren, Gewinn an Stabilität jedoch gering.

Kriterien sind von UN festgelegt, Todesopfer gingen zurück.

Vorhersage von Staatszerfall:

Staatszerfall = extreme politische Instabilität.

- ➔ Enge Definition. Weil trennscharf zu den erklärenden Bedingungen von Staatszerfall wie Korruption oder geringes Wirtschaftswachstum.

State Fragility Index nicht geeignet, weil Abgrenzung zu anderen Phänomenen fehlt, beinhaltet eher Erklärung für den Staatszerfall, nicht Vorhersage. Wird wissenschaftlich nicht zur Vorhersage genutzt.

State Failure Task Force Vorhersagemodell Faktoren:

- Kindersterblichkeit
- Nicht-einheitliche/konsolidierte Regierung (insbesondere mit Konfliktlinien)
- Instabilität in der Region
- Diskriminierung von Minderheiten

Diese Vorhersagemodell funktionierte bis 1995-2004, sagt 80% der Staatszerfall-krisen richtig hervor.

Seit 2005 sind diese Punkte jedoch keine signifikanten Punkte mehr, schlechte Vorhersagekraft.

Daraus entstanden zwei Debatten:

- Die Genauigkeit von Vorhersagemodellen variieren über die Zeit
- Vorhersagefaktoren sind nicht gleichzusetzen mit Erklärungen (Bspw. nur weil Staatszerfall und Kindersterblichkeit gleichzeitig auftreten, heisst das nicht, dass sie kausal zusammenhängen)

Ursachen von Staatszerfall

Staatszerfall \approx Bürgerkrieg (fast gleich oder gleich)

Staatszerfall-Krisen unterscheiden sich massgeblich durch Gewalt und Veränderung politischer Struktur.

➔ Analytische und Empirische Heterogenität.

Ursachen von Bürgerkrieg:

Warum schliessen sich Individuen einer bewaffneten Gruppe an, um gegen die Regierung zu kämpfen?

Möglichkeit/Gier

- Hohe Rohstoffeinnahmen ✓
- Geringe Schulbildung ✓
- Wenig pro-Kopf-Einkommen ✓
- Kein Wirtschaftswachstum ✓

Steigern das Kriegsrisiko! Menschen haben wenig (Einkommen) zu verlieren.

Ungleichheit/Diskriminierung

- Einkommensungleichheit ✗
- Wenig politische Rechte ✗
- Ethnische Polarisierung ✗
- Religiöse Spaltung ✗

Allein Ungleichheit/Diskriminierung führt eher nicht zu Bürgerkrieg, denn Bürgerkriege gibt es erst, wenn die Menschen nichts/wenig mehr zu verlieren haben. (Menschen die sich irgendwie benachteiligt fühlen gibt es in fast jedem Land)

Warum kämpfen diese Gruppen gegen die Regierung?

- Einkommensungleichheit zwischen Gruppen (nicht Individuen!) sind entscheidend für die Mobilisierung!
- Gruppenunterschiede -> relative/gefühlte Benachteiligung -> Beschwerdegründe -> Mobilisierung für kollektive Gewalt!

Ökonomische Gruppenunterschiede: Warum sind Menschen bereit für ein Gebiet zu kämpfen, dass wirtschaftlich vom Rest abhängig ist? (Der Fall im Sudan, Jugoslawien)

➔ Paradoxon!

Rein ökonomische Erklärung reicht nicht, wir müssen Gruppenidentitäten untersuchen.

Bürgerkrieg und Sezession (Separation):

Ethnische Gruppen \neq Staatsvolk!

Bsp. Afrika: Staatsgrenzen wurden irgendwie und komplett unabhängig von ethnischen Gruppen, die dort lebten, aufgezeichnet. Folge: Die Meisten ethnischen Gruppen nicht im gleichen Staat, ethnische Heterogenität.

Ethnischer Bürgerkrieg = häufigste Form von Staatszerfall.

➔ über die Hälfte von Bürgerkriegen sind Sezessionskriege

Wann wird ethnische Heterogenität politisch? Also wann wird eine Ethnische Gruppe -> zu einer Nation.

Ethnische Gruppe: Gemeinsame Merkmale (wie Sprache, Religion), Glauben an gemeinsame Herkunft/Schicksal, in Verbindung mit gemeinsamem Territorium!

Nation: Politisch aktive Gruppe mit Forderung nach mehr Autonomie und Selbstbestimmung.

Und wann kommt Gewalt ins Spiel?

Die 4. wichtigsten Gründe:

- Wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den Gruppen
- Politische Diskriminierung bestimmter Gruppen
- «Ancient Hatred», historisch gewachsener Antagonismus (nicht unmittelbare Erklärung!)
- Manipulation durch (politische) Eliten und politischer Wettbewerb.

Brexit = Sezession. Argumentation mit diesen vier Punkten.

Sezessionen können auch friedlich ablaufen. z.B. Tschechoslowakei von Tschechien

Staatsreform: Lösungen für Staatszerfall:

- Machtteilungsabkommen
Konkordanzdemokratische Institutionen ermöglichen Frieden/friedliche Ko-existenz und inklusives Regieren selbst in gespaltenen Gesellschaften.
- Staatsaufbau mit internationaler Hilfe
«Peacekeeping Operations» – Stationierung von internationalem militärischem/polizeilichem und zivilem Personal.
«UN-conservatorship» - Delegation von Regierungsaufgaben an UN
- Let states fail
Staaten müssen scheitern, um eine politische Ordnung herausbilden zu können, die ohne internationale Hilfe stabil bleibt.
Neue Festlegung oft nur durch Gewalt möglich, Wiederaufbau funktioniert auch ohne Einmischung. Einmischung führt oft zu instabilen Lösungen zwischen schwachen Parteien.
- Geteilte Souveränität
«Partnership» nationaler Machthaber mit Drittstaat, dieser stellt innerstaatliche Souveränität wieder her. Drittstaat wird anschliessend an Mehreinnahmen beteiligt.
Vorgeschlagen weil Kritik an anderen Vorschlägen. Hätten alle:
-Temporären Charakter
-Nationale Machthaber nicht interessiert an Frieden und Reformen
-Koordinationsprobleme von mehreren internationalen Akteuren

Sitzung 15: 4.11.19 – Politische Regime: Die liberale Demokratie Block III, Caramani

Wir haben bereits Entstehung des nationalen, rationalen, säkularisierten und sozialen Staates betrachtet.

- ➔ Dieser Staat ist auch liberal und demokratisch!
- ➔ Liberale/Repräsentative Demokratie

Demokratie ist eine Regierungsform unter anderen, ein Regimetyt.

Minimale Demokratie Definition: basiert auf **Prozedur** (prozedurale Definition), nicht substantiell. Nicht *von* oder *für* das Volk, sondern *durch* das Volk.

→ Demokratie als institutionelles Instrument (Prozedur) um politische, kollektive Entscheidungen zu treffen.

Basierend auf Wettbewerb um:

- Stimmen (Wahlen), Mehrheitsprinzip, Respekt von Minderheiten.

Elitäre Definition aber ≠ Elitismus. Denn Eliten stehen im Wettbewerb um populäre Eliten.

Voraussetzungen Demokratie:

- Parlament: es handelt sich um **repräsentative** Demokratie.
- Zivile Rechte, man muss...:
 - ... frei konkurrieren können (Assoziationsfreiheit).
 - ... Meinungen frei äussern können (freie Meinungsäusserung, pluralistische Informationsquellen mit Informationsfreiheit).
 - ... frei für Ämter gewählt werden können (passives Wahlrecht).
- Aktives **Wahlrecht** (Partizipation).
- Freie, faire und regelmässige **Wahlen**.
- **Rechtsstaatlichkeit:**
 - Keine „Diktatur“ der Mehrheit. Schutz der Minderheit(en).
 - Gewinner sind nicht dem Recht übergestellt.

Repräsentative Demokratie:

Die «Erfindung» der politischen Vertretung vor ca. 200 Jahren.

→ Zentrale Institution: die Wahl

(Volk: Aktive Wählerschaft → wählt Vertreter: Passive Wählerschaft)

Gründe:

- Kommunikation war aufgrund der Grösse schwierig
- Besseres System:
 - Demokratische Aristokratie oder Elitismus (Vertreter werden nicht gelost, sondern es wird eine Elite gewählt, die kompetenter sein soll)
 - Spezialisierung (Kompetenz) und Arbeitsteilung; Delegation (Zeit)
 - Rechenschaftsablegung wird möglich.
 - Debatte, Beratschlagung/Deliberation («Parlament»), Meinungen bilden

➔ Aggregation / generelles Interesse

Symbolische Repräsentation: Einheit, Essenz (V12/13)

Deskriptive Repräsentation: Beschreibung/Darstellung der Vielfalt.

Aktive Repräsentation: Vertretung des Volkes.

- Reaktion auf Präferenzen -> Mandat
- Verantwortlichkeit: «gute» Entscheidungen im Interesse des Volkes, aber evtl. auch gegen dessen Willen: Handlungsfreiheit
- Möglichkeit positiver/negativer Sanktionierung: Wiederwahl/Abwahl.
->Sichtbarkeit der Entscheidungen ist erforderlich.

Wellen, Transitionen und Gegenwellen

Def: Gleichzeitiger Wechsel/Diffusion in vielen politischen Einheiten (Staaten/Reiche) und eine Gruppentransition von nicht demokratisch zu demokratisch, innerhalb kurzer Zeit.

Periode	Typ von Welle	Wechsel (Anzahl demokratische Länder)
1828-1926	Erste, lange und langsame (und intermittierende) Welle der Demokratisierung	+33
1922-1942	Erste Gegenwelle (Faschismus, Kommunismus)	-22
1943-1962	Zweite, kurze Welle der Demokratisierung (genauer gesagt; Wiederdemokratisierung in vielen westlichen Ländern, ausser Griechenland, Portugal, Spanien)	+41
1958-1975	Zweite Gegenwelle (Populismus in Lateinamerika, Kommunismus)	-22
1974-heute	Dritte Welle der Demokratisierung	+35

Transition zur generellen Vertretung/ «erste Demokratisierung»

Absolutismus -> Ständevertretung; Ständevertretung -> Generelle Vertretung.

Demokratisierung

- Wer wählt? Inklusion
- Wie viele Stimmen? Egalisierung
- Wie wird gewählt? Wahlsystem

Wer wählt? Dimension der Inklusion (Wer ist inbegriffen in die Wählerschaft)

1. Progressive Ausdehnung des aktiven Wahlrechts: Prozess
2. Aufhebung von Einschränkungen des Wahlrechts

Zensuswahlrecht, Kapazitätswahlrecht (Bildung), Alter (30-> 18/16), Geschlecht (Frauenwahlrecht), Ausschliessung bestimmter ethnischer/religiöser Gruppen.

Obwohl Einführung des allgemeinen Wahlrechts (Differenz Männer und Frauen), gibt es heute immer noch Einschränkungen (Verbrecher, Geistesranke), nie eine allgemeine Inklusion.

Ein- und Auswanderer Wahlrecht:

Variation zwischen Ländern aufgrund von zwei Typen von Gesetzen:

1. Einbürgerung: Bürgerschaft gibt automatisch Zugang an Wahlrecht, Prinzip der Mitgliedschaft
2. Wahlrecht: Zugang an Wahlrecht. Prinzip der Territorialität.

In manchen Ländern haben Auswanderer Wahlrechte und in anderen nicht. In manchen Ländern haben Einwanderer ohne Bürgerschaft Wahlrecht, in anderen nicht.

Land	Wahlrecht für Einwanderer	Wahlrecht für Auswanderer
Australien	Andere Commonwealth vor 1984	Bis 6 Jahren
Belgien	Nein	Ja
Brasilien	Nein	Nein
Frankreich	Nein	Ja
Irland	Briten	Nein
Neuseeland	Ja mit permanenter Niederlassung	Ersten 3 Jahren
Portugal	Nur Brasilianer	Ersten 10 Jahren
Schweiz	Nein	Ja
UK	Andere Commonwealth + Iren	Ersten 15 Jahren
Uruguay	Bei 15 Jahren Niederlassung	Nein

Wie viele Stimmen? Dimension der Egalisierung

Juristisches Prinzip: eine Person, eine Stimme

Gibt immer noch Ungleichgewicht der Stimmen Auch Egalisierung war ein Prozess,

Pluralwahlrecht:

- Belgien: Allgemeines Wahlrecht für Männer, alle hatten 1 Stimme, gab aber Leute mit mehreren Stimmen, bis zu drei Stimmen, bis zum 1. WK
- Preussen: drei Klassen Wahlsystem → je mehr Steuern man zahlt, desto mehr Stimmen hatte man
- Andere Länder ähnlich, wurde aber mit der Zeit abgeschafft, Ungleichheiten wurden aufgehoben

Indirekte Wahlen: Wahlmänner wählen Parlament, Wahlmänner hatten viel mehr Einfluss

Geheimes Wahlrecht: Schutz von verwundbaren sozialen Schichten → soll soziale Ungleichheit verbessern

Obligatorisches Wahlrecht: Aufhebung von Ungleichheiten.

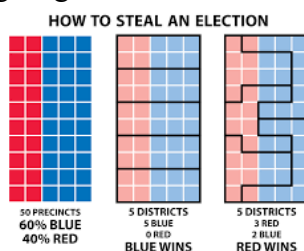
→ Wahlteilnahme von sozialen Ungleichheiten verursacht

→ Wahlen als Funktion (Pflicht) oder als Recht?

Wie wird gewählt? Dimensionen des Wahlsystems

1. Der Wahlkreis

- Malapportionment: (ungleiche Sitzverteilung über die Wahlkreise, z.B. Wahlkreis A hat 5 Sitze zu vergeben aber Wahlkreis B hat 10) Proportionalität zwischen WählerInnen und Sitzen
- Gerrymandering: (Manipulation durch Wahlkreisschiebung)
Bsp.: Trotz 50-50 Wählerschaft (Demokraten-Republikaner) werden in 5 Einerwahlkreise (1 Sitz pro Kreis) 4 Republikaner und nur 1 Demokrat gewählt, einfach weil die Wahlkreise geschickt verschoben wurden. Die Grenzen werden so gezogen, dass man seine Wählerschaft aussuchen kann. Kein fairer Wettbewerb!

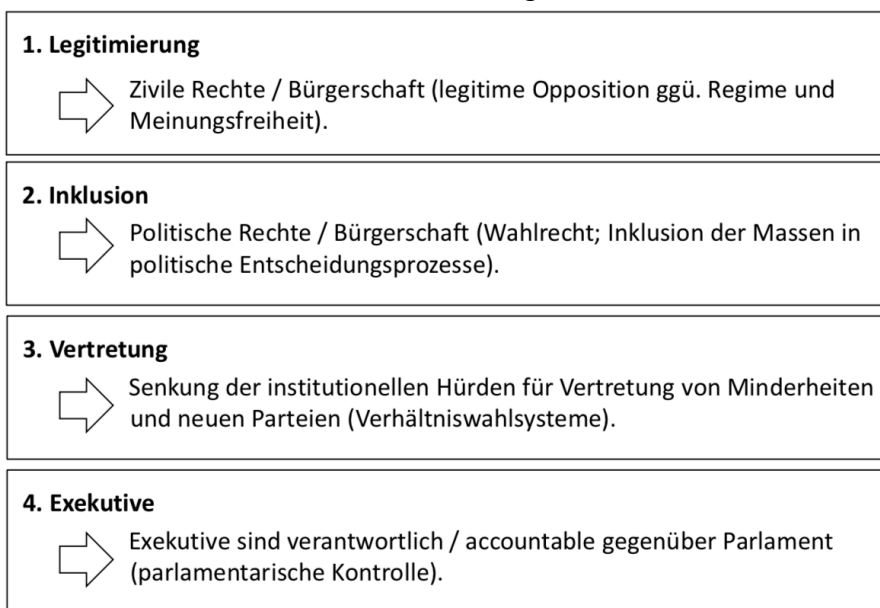


(Bild von Google)

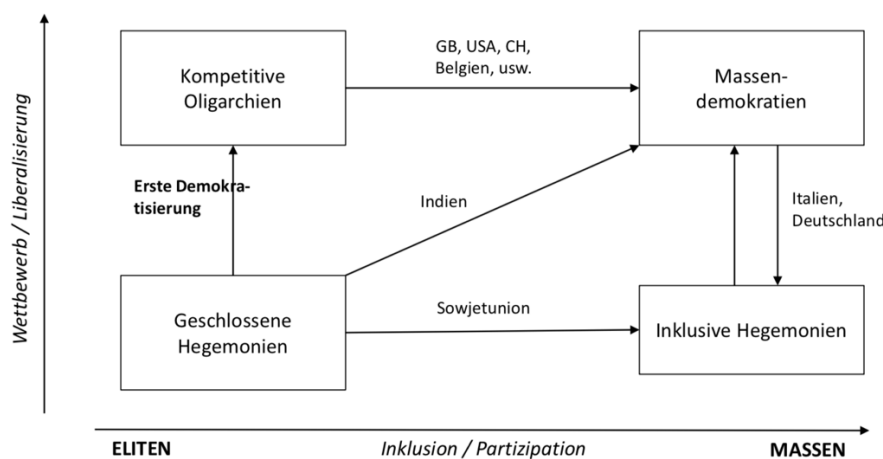
2. Die Wahlformel

- Sperrklausel: Ausschluss von Minderheiten. Ziel: Senkung der parlamentarischen Fragmentierung; Regierbarkeit, Vertretung von Minderheiten schwierig
- Von Mehrheits- zu Verhältniswahlrecht
 - Hohe Schwelle unter Mehrheitswahlrecht für Minderheiten oder kleinen Parteien (first-past-the-post): Einerwahlkreise
 - Jede Stimme zählt (Vertretung der Minderheiten): genereller Wechsel um den 1. WK in Kontinentaleuropa
 - Druck von Arbeitern (Sozialisten), Bauern (Agrarparteien), Regionalisten (Grenze Änderung nach dem Krieg)
 - Defensive Strategie von Liberalen und Konservativen
 - Kein Wechsel in GB, USA und Commonwealth

Rokkans Schwellen der Demokratisierung

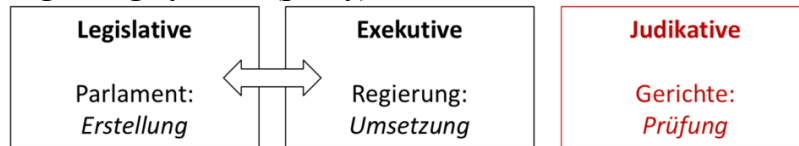


Dahls Pfade zur Demokratisierung



Bsp. Italien: während Faschismus waren zwar Massen inkludiert und mobilisiert, aber es gab keine Liberalisierung und keinen Wettbewerb, da nur eine Partei an der Macht, deshalb von Massendemokratie zurück zu Inklusive Hegemonie

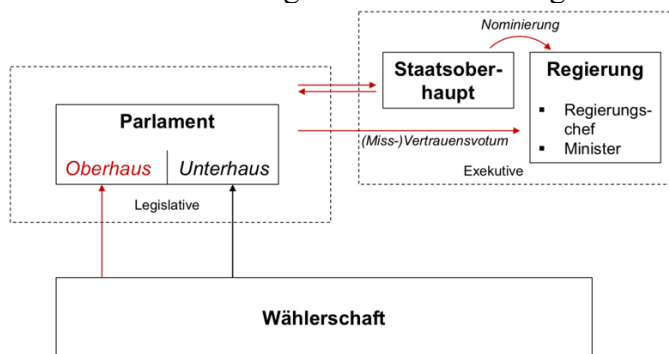
Regierungssysteme (polity)



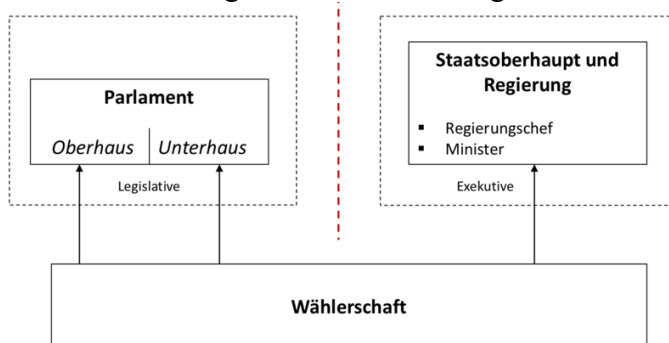
Zusammenhang mit Wahlwettbewerb (Demokratie)

Typen demokratischer Systeme:

- Das parlamentarische System
 - o Verschmelzung der Gewalt (Legislative und Exekutive vermischt)
 - o Ursprung: meist konstitutionelle Monarchien.
 - o Regierung: indirekte Legitimität, indirekte Auswahl der Exekutive
 - o Staatsoberhaupt: Monarch oder Präsident (Republik)
 - o Zwei-köpfige Exekutive (Staatsoberhaupt und Regierung)
 - o (Miss-)Vertrauensvotum: Parlament kann einem Regierungsmitglied das Vertrauen Entziehen. Auflösung des Parlaments möglich.

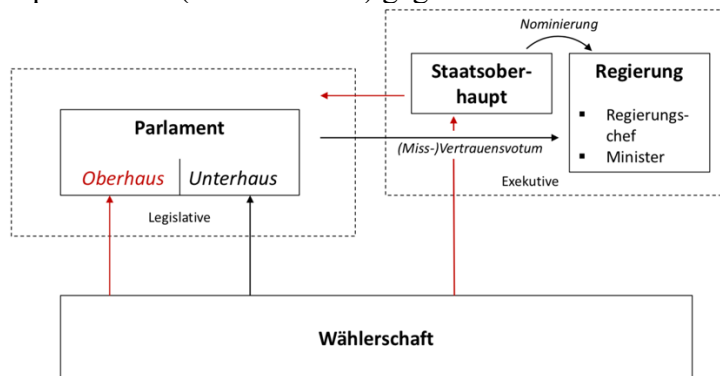


- Das präsidentielle System
 - o Strikte Gewaltenteilung
 - o Direkte Wahl der Exekutive (manchmal durch Wahlmänner)
 - o Staatsoberhaupt: Präsident
 - o Ein-köpfige Exekutive
 - o Kein Vertrauensvotum. Aber: Impeachment (Strafrechtlich)
 - o Keine Auflösung des Parlaments möglich.

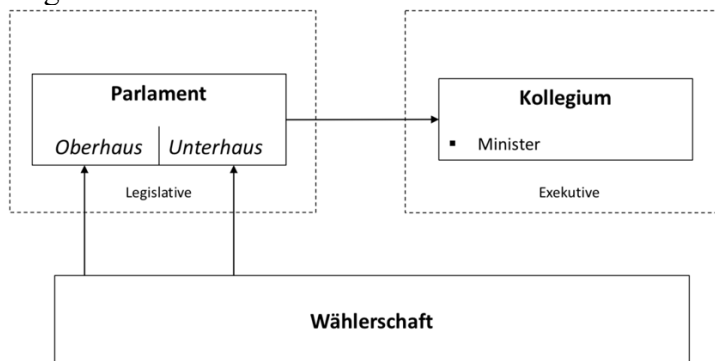


- Das semi-präsidentielle System
 - o Keine Gewaltenteilung, alternierendes System (manchmal parlamentarisch, manchmal präsidentiell)
 - o Ursprung: Meist in Ländern, die vorher keine Monarchien waren
 - o Zwei-köpfige Exekutive
 - Direkte Wahl des Präsidenten
 - Indirekte Auswahl der Regierung

- o Staatsoberhaupt: Präsident
- o Rolle der Machtkonfiguration/Kohabitation: Präsident steht im Parlament Mehrheit einer anderen Partei gegenüber.
- o Kein Vertrauensvotum. Auflösung des Parlaments möglich
Impeachment (Strafrechtlich) gegen Präsident.



- Das kollegiale System (in CH)
 - o Partielle Gewaltenteilung
 - o Indirekte Wahl der Exekutive
 - o Staatsoberhaupt: rotierend unter Minister
 - o Ein-köpfige Exekutive mit mehreren Personen
 - o Vertrauensvotum aber kein Misstrauensvotum. Auflösung des Parlaments nicht möglich.



Vorteile Präidentialismus:

Verantwortlichkeit:

Direkt: hohe Effizienz (*accountability*).

Identifizierbarkeit:

Alternativen: unterschiedliche Kandidaten / Programme sind sichtbar.

Gegenseitige Prüfung (checks):

Unabhängiges Parlament: keine Dissolutionsdrohung möglich.

Schiedsrichterrolle:

Super partes: bestimmte Amtszeit und beschränkte Wiederwahl macht Präsident immun vor kurzfristigen Wahlüberlegungen

Nachteile Präidentialismus:

Zeitliche Rigidität:

Gute und schlechte Präsidenten: bestimmte Amtszeit und begrenzte Amtsperioden.

Mehrheitsentscheidungen:

Disproportionalität: "winner-takes-all"; System ohne Vertretung von Minderheiten in der Exekutive. Präsidentenwahl hat Vorrang vor Vertretung.

Duale Legitimität:

Kooperation mit Parlament: kleine Anreize. Parteidisziplin führt zur Blockierung des Systems.

Sitzung 16: 06.11.19 – Demokratie/Autokratie II

Autokratisierung: Verschlechterung der Demokratie -> Zerfall Demokratie bis die Schwelle überschritten wird zur Autokratie. Def. dieser Schwelle ist schwierig.

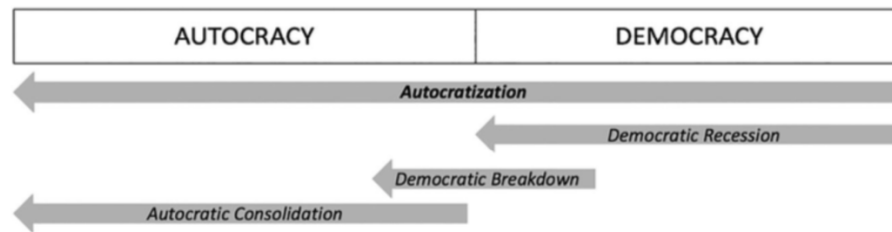


Figure 1. Autocratization as democratization in reverse.

Es gibt Wellen der Autokratisierung. Auch Phasen des Backlash genannt. (z.B. Militärputsch)

Wie kommt es zu Autoritären Regimen?

Über Jh. war die Autokratie die dominante Herrschaftsform.

Übergänge von der Demokratie zur Autokratie:

Zwei wichtige Pfade.

1. Staatsstriche, Putsche
2. Erosion der Demokratie

1. Staatsstriche: Autokratie entstehen am häufigsten durch Staatsstriche!

Aber meist wechseln Autokratische Systeme andere autokratische Systeme ab (Nur Autokratisierung wenn sie autokratischer werden.)

Bsp.: Ägypten 2013, Mali 2012

Wie kommt es zu Putschen?

Akteurzentrierte Erklärung (Mainwaring & Perez-Linan) (Denkschule Rational Choice), einer der grossen Erklärungsansätze der Autokratisierung und Demokratisierung (neben strukturalistischem und kulturalistischem)

Erklärungsmodell: Radikalität führt zu Regimepräferenzen:

Radikalität der Forderungen (Entweder in Regierung oder in Opposition)



Regimepräferenz für Demokratie erodiert



Regimeoutcome/ Zusammenbruch Demokratie

2. Erosion der Demokratie

Aus kompetitiven Wahlen hervorgegangene Eliten schränken Oppositionsrechte ein.

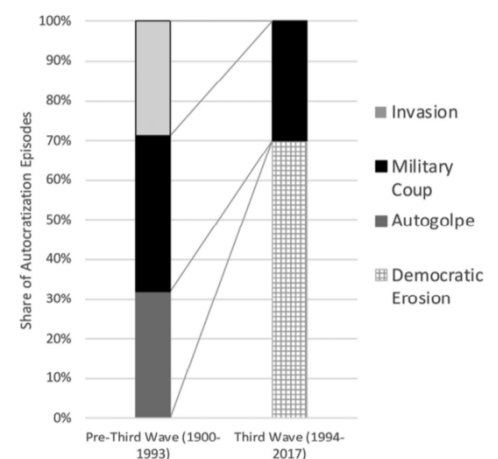
Beispiel Venezuela. (liberal Democracy Index)

Wie es zu Autokratisierung kommt hat sich verändert.

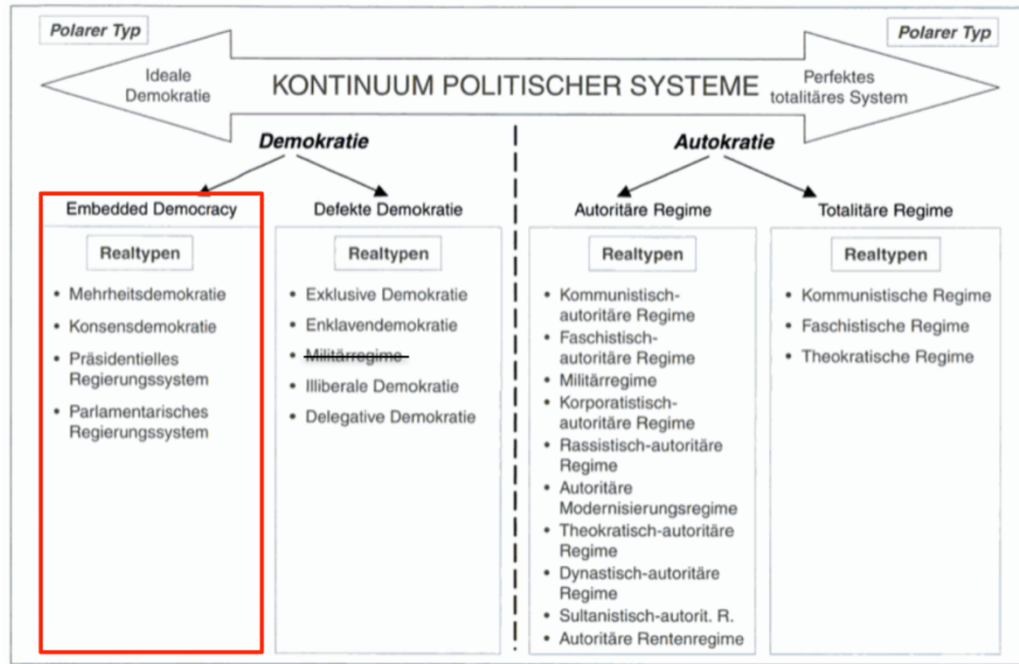
Bis 1993: Putsche (inkl. Autogolpe) machen 70 % der Autokratisierung aus.

Ab 1994: Erosion wird wichtigster und häufigster Pfad!

(Autogolpe: Putsche bei der die bereits amtierende Person ihre Macht sichert.)



Welche Typen von Autokratien entstehen? Typen politischer Systeme nach Merkel



Demokratien:

Eingebettete Demokratie (Embedded):

Soziale Gerechtigkeit, Zivilgesellschaft, Ökonomische Voraussetzungen

1. Politische Freiheit (Wettbewerb, Liberalisierung, Meinungsfreiheit)
2. Bürgerliche Rechte (Minderheitenschutz)
3. Horizontale Verantwortlichkeit (Wichtig! Zusammenspiel und Gewaltenteilung der Institution! Kann Parlament Regierung kontrollieren?)
4. Effektive Regierungsgewalt (Hat Militär Mitspracherecht? Kann Regierung umsetzen was sie versprochen hat?)

Defekte Demokratie:

Wenn gewisse dieser oben genannten Punkte nicht gegeben sind

Verbreitet sind die unteren zwei

1. illiberale Demokratie (Politische Freiheiten möglicherweise eingeschränkt, wie Pressefreiheit)
2. Delegative Demokratie (Wenn Exekutive nicht mehr kontrolliert von Legislative)

Autokratien:

Autoritäres Regime	Totalitäres Regime
Herrschaftslegitimation: Mentalität (Nationalismus, Sicherheit, Ordnung etc.)	Herrschaftslegitimation: Absoluter Wahrheitsanspruch
Begrenzter Pluralismus	Monismus
Demobilisierung der Bevölkerung	Ständige Mobilisierung der Bevölkerung

Autoritäre Regime:

Verschiedene Typen, besser zu definieren über:

Herrschaftslegitimation (Wer herrscht?)

- Partei herrschaft
- Monarchien
- Militär herrschaft
- Persönliche Diktaturen (Möglicherweise durch Militärputsche, aber mit einer Persönlichkeit an der Spitze, relativ instabil)

Wie kommt es zu den unterschiedlichen Typen in autokratischen Systemen?

(Phasenmodell Brooker)

«Traditionelle» Modell: Erbmonarchien

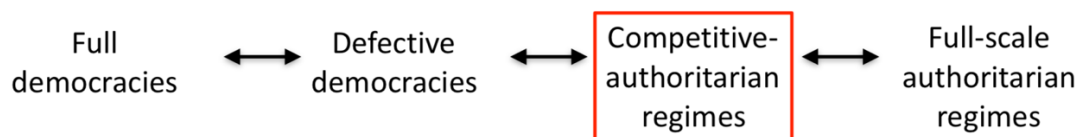
Danach drei Innovationen:

1. Militärdiktaturen (Manchmal legitimiert durch Referenden, Bsp. Napoleon)
2. Ideologisch basierte Parteienherrschaft (Einparteiensystem, totalitäre Regime)
3. Als Demokratie verkleidete Diktaturen

Mehrparteiensystem aber nicht faire Spielfeld zu Ungunsten der Opposition

➔ Kompetitiver Autoritarismus

Levitsky & Way führen weitere Differenzierung zwischen Demokratisch und Autoritär ein, nämlich die kompetitiv autoritären Regime. «Hybride Regime»



Russland: Vollkommen autoritär oder kompetitiv autoritär?

Schwierig... Könnte kompetitiv sein, aber inzwischen auch vollständig autoritär, denn die Opposition ist sehr stark eingeschränkt. Ähnlich wie Venezuela.

Andere Beispiele für kompetitiv Autoritäre Regime: Ungarn, Türkei, Serbien

Definition kompetitiver Autoritarismus:

- Es finden zwar regelmässig Wahlen statt, die frei von massivem Betrug sind,
- ABER: Ungleiches Playing Field (nicht level playing Field):
 - Bereicherung der Amtsinhaber über normalen Amtsbonus hinaus
 - Missbrauch staatlicher Institutionen (für Parteizwecke)
 - Opposition hat Schwierigkeiten, effektiven Wahlkampf zu betreiben, weil: Ungleichen Zugang zu Ressourcen, Medien, Gerichten und Wahlbehörden.
- Wahlregime funktionieren, aber Politische Freiheiten und Horizontale Verantwortlichkeiten (Gewaltenteilung) eingeschränkt. Jedoch subtil! Durch Bestechung, Korruption, nicht offene Unterminierung demokratischer Werte.
- ≠ Pseudodemokratie. Demokratische Institutionen/Wahlregime bestehen fort und schaffen so (geringe) Herausforderungsmöglichkeiten für die Opposition.

Wie kommt es zu diesen kompetitiv Autokratischen Systeme?

Hegemonie der westlichen Demokratie nach dem kalten Krieg führte dazu, dass sich jedes wichtige Land einen demokratischen Anstrich gegen musste. Dies lässt mittlerweile nach, denn die Hegemonie lässt nach.

Drei Pfade zu kompetitiv-autoritären Regimen (gemäss Levitsky & Way):

1. Vollständig autoritäres Regime zerfällt, aber die Opposition ist zu schwach, um den Machthaber wirklich herauszufordern.
2. Autoritäres Regime folgt auf vorangegangenes Autoritäres Regime, aber die Amtsinhaber können ihre Macht nicht festigen. (z.B. postkommunistische Länder wie Russland, Serbien, Ukraine)
3. Zerfall eines (semi-)demokratischen Systems (wie Ungarn, Türkei, Serbien, Venezuela)

Kompetitiv-autoritäre Regime sind inhärent instabil. Sie können entweder vollständig in eine Autokratie abgleiten (Russland, Venezuela), sich einer Demokratie öffnen (Mexico) oder der Regimetypus bleibt gleich aber die Führungsspitze wechselt.

Sitzung 17: 11.11.19 – Demokratisierung

Drei Wellen der Demokratisierung!

1. Erste Welle: 1828-1926 Nordamerika, Westeuropa
Rückschlag: 1922-42
2. Zweite Welle: 1943-62 Europa, Japan, Lateinamerika, Afrika
Rückschlag 1958-75
3. Dritte Welle, 1974-heute: Südeuropa, Lateinamerika, Afrika, Asien, Osteuropa
Rückschlag: noch offen

Rückschlag der dritten Welle noch offen:

Viele Länder blieben auf dem Weg zur liberalen Demokratie bei der defekten/delegativen Demokratie stecken, dritte Welle der Autokratisierung seit 1993! Rückentwicklung der Demokratie.

Wellen der Demokratisierung und Autokratisierung hängen mit internationalen Faktoren zusammen! Wie Kalter Krieg, oder globale Hegemonie der Demokratie. Heute verschieden Einflussregionen der Grossmächte. International interagiert aber auch immer mit innerstaatlichen Faktoren!

Drei Perspektiven zur Demokratisierung:

Modernisierungstheorie:

Wohlstand entschärft materielle Gegensätze und führt zu Wertewandel

→ Kulturalismus

Individueller Wohlstand geht mit ideologischer Mässigung einher (Wertewandel) (Lipset)

Mechanismen:

1. Neue pro-demokratische Gruppen entstehen (Mittelschicht)
 2. Bildung, Lesefähigkeit: Mündige BürgerInnen
 3. Höherer Lebensstandard
- Ideologische Mässigung
→ Macht Demokratie möglich

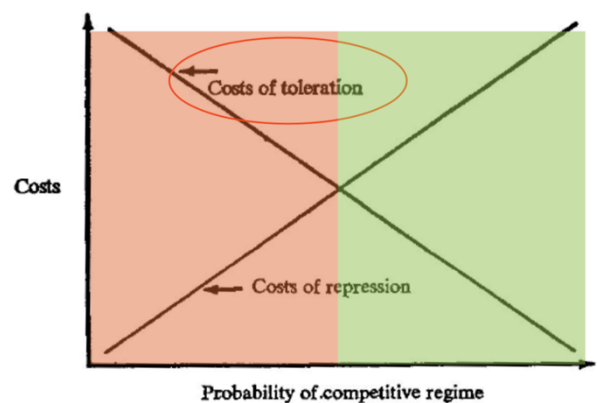
Setzt an bei "Cost of toleration".

Wie kommt es zur Demokratie?

-> Welzel und Ingelhart:

Modernisierung geht mit einem Streben nach mehr Selbstbestimmung und somit nach emanzipativen Werten einher. Weil existentielle Sicherheit gegeben ist, strebt Mensch nach nicht-materiellen Gütern.

Diese Emanzipative Werte machen Demokratie erstrebenswert



Problem bei der Modernisierungstheorie:

- Nur eine probabilistische Logik (Aussage über die Wahrscheinlichkeit)
Es gibt eine allgemeine Richtung vor, erklärt aber nicht Länderunterschiede
- Sehr konfliktfreies Bild der Demokratie, entspricht nicht der Realität
- Akteure werden vernachlässigt, es ist unklar, wie es zur Demokratisierung kommt.
- Funktioniert häufig nur in einer globalen Perspektive
- Erklärt Autokratisierung und Auf und Ab der Demokratie schlecht!

Struktureller Ansatz:

Wohlstand verändert die Gesellschaftsstruktur und stärkt pro-demokratische Kräfte

➔ Strukturalismus

Strukturalismus generell

➔ Demokratie tangiert potenziell ökonomische Interessen.

Wer gewinnt, wer verliert? (Reuschemeyer, Huber, Stephens)

Demokratie schafft Gewinner und Verlierer.

Eliten müssen Macht teilen und bisher ausgeschlossene bekommen Mitspracherecht.

Entscheidend ist, welche sozialen Gruppen verlieren und welche gewinnen und wie gut diese Gruppen organisiert sind.

Barrington Moore: (industrielle) Bourgeoisie als treibende Kraft der Demokratisierung!

1. Liberalisierung, ökonomisch wie politisch

2. Stärkste Gegner sind die Landbesitzer

➔ Fokus auf den Übergang zu einer liberalen Oligarchie als wichtigen Schritt hin zur vollständigen Demokratie

Rueschemeyer, Huber und Stephens: Die Arbeiterklasse in Allianz mit der Mittelklasse ist die treibende Kraft für eine Demokratie! Entscheidend ist der Druck von Unten!

Setzt an bei Cost of repression

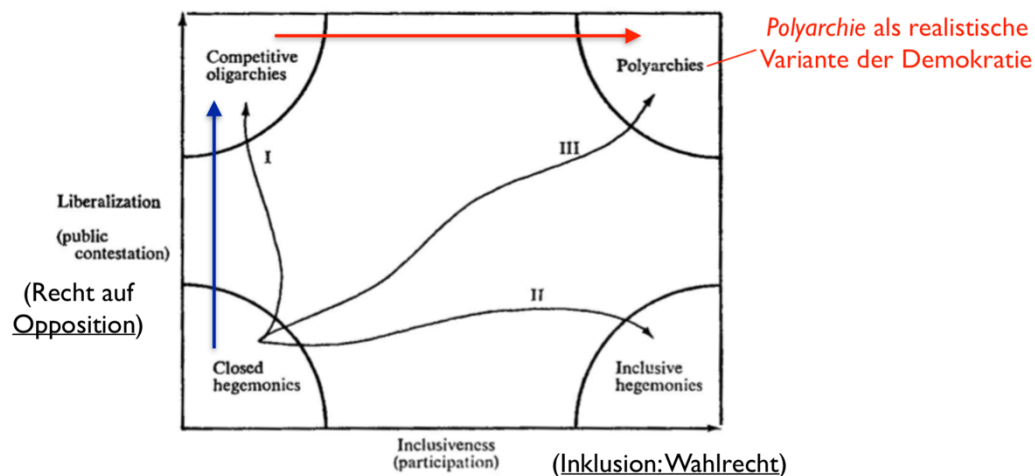
1. Liberalismus führt nicht zur vollen Demokratie! erst durch die Mobilisierung der Arbeiterklasse möglich.

2. Gegner weiterhin Landbesitzer

➔ Fokus auf Übergang zur vollständigen Demokratie (universelles Wahlrecht)

Wieso divergierende Ergebnisse von Moore und Rueschemeyer und co.?

Demokratiedefinition entscheidend!



Rot (Pfeil oben): Fokus von Rueschemeyer und co.

Blau (Pfeil von unten nach oben): Fokus von Moore

Akteure bei Rueschemeyer, Huber und Stephens Definition:

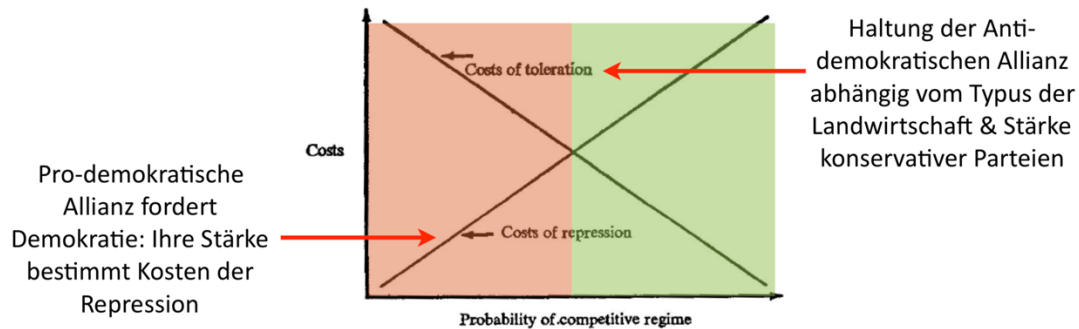
Arbeiterklasse! Aber allein zu schwach, deswegen Allianz mit anderen Klassen!

- Europa: Kleinbürgertum, Handwerker
- Lateinamerika: Angestellte aus der Mittelklasse

Kosten der Tolerierung entscheidend für Chancen der Demokratie infolge des allgemeinen Wahlrechts. Kosten der Repression: Druck von unten wird grösser und so steigen sie.

Wichtige Faktoren:

- Typus der Landwirtschaft: Bedarf an billigen Arbeitskräften
- Stärke konservativer, elitärer Parteien
- ➔ Demokratie als Resultat eines fragilen Machtgleichgewichts verschiedener Klassen.



Kernelemente Strukturalismus:

1. Machtgleichgewicht zwischen sozialen Gruppen
2. Institutionen, die soziale Gruppen repräsentieren
 - Häufig historisch bedingt; Änderung nur langsam, Pfadabhängigkeit
 - Bspw. Konservative Parteien aus vordemokratischer Zeit
 - Historischer Institutionalismus
3. Erklärungen die *nicht* teil des Ansatzes sind/verworfen werden:
 - Demokratische Überzeugungen (Kulturalismus)
 - Rolle von Persönlichkeiten/Akteuren (Akteurzentristisch)
 - Zentrale Rolle der Mittelklasse als pro-demokratische Kraft (Modernisierungstheorie)

Akteurzentrierter Transitions-Ansatz:

Strategische Entscheidungen zentral in der Transition zur Demokratie und ihrem Zusammenbruch

- ➔ Rational Choice

Hintergrund:

Modernisierungstheorie und strukturalistische Ansätze waren dominant in den 1960er und 70er Jahren. Fokus war auf längerfristige Prozesse und Akteure eher nebensächlich.

Dann wurden in den 1970er Jahren Risse in den autoritären Regimen in Südeuropa und Lateinamerika sichtbar

Transitions-Projekte (Übergang) beginnen vor dem Prozess. Will unterstützen:

- „Handlungsanleitung für Demokratisierer“
- Akteurzentrierte Logik

Transitionsansatz: Voraussetzungen/Prämissen

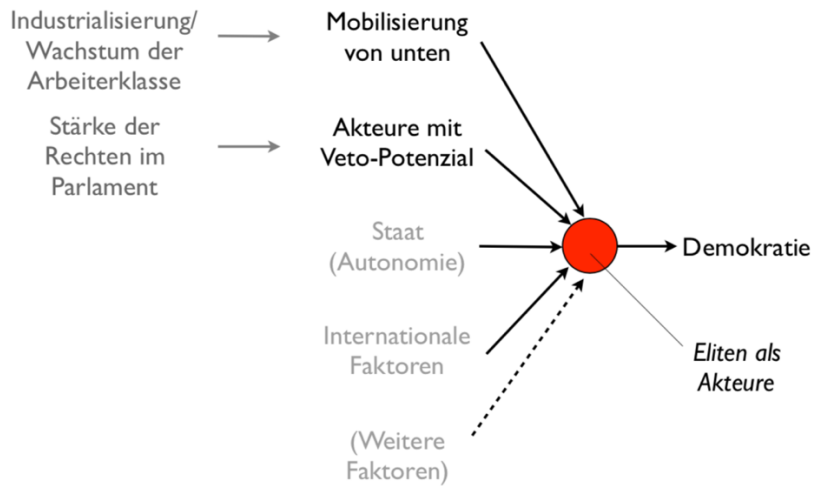
- Konflikt als Ursprung: Demokratie ist Kompromiss
- Demokratische Überzeugung unwichtig, denn D. ist für alle die Zweitbeste Lösung (eben Kompromiss)
- Strukturelle und ökonomische Voraussetzungen für neue Demokratien meist schlecht.

Transitionsprozess:

- Öffnung eines autoritären Regimes mit Liberalisierung bringt Prozess in Gang
- Strategisches Verhalten der Akteure in diesem Prozess wird untersucht

Przeworski: Strategisches Verhalten auf dem Pfad zur Transition

Transitionsansatz und strukturalistische Variablen



Ausgegraut: Vorgelagerte Ursachen...

Alles was vorher war (wie Werte, Wandel, Klassen) ist nebensächlich.

Festigung der Demokratie durch Verinnerlichung der Demokratischen Konfliktlösung bei Akteuren.

Schwächen des Ansatzes:

- Er erklärt nicht, ob sich die Demokratie festigt/konsolidiert oder nicht
- Er erklärt nicht, wodurch die grossen Unterschiede in der Qualität der Demokratie kommen.
→ Kompetitiver Autoritarismus oder „Defekte Demokratie“ als möglicher Dauerzustand

Deshalb:

➔ Rückkehr zur Modernisierungstheorie und zum strukturalistischen Ansatz in der Demokratisierungsforschung.

Vergleich:

	Modernisierung	Struktureller Ansatz	Transitionsansatz
Kernmerkmal: Fokus	Werte und Wertewandel	Machtgleichgewichte und Institutionen	Rationale Akteure
Analyseeinheit	Nationale Gesellschaften (→ Kulturalismus)	Gruppen (Klassen, Parteien, etc.) mit gemeinsamen Interessen	Eliten
Zeitlicher Fokus	langfristig	langfristig (Gesellschaftsstruktur) und kurzfristig (Konflikte)	kurzfristig
Erklärungsansatz	Breite Zusammenhänge (probabilistisch)	Historisch-spezifisch: Jeder Fall soll erklärt werden	Spieltheoretisch

Sitzung 18: 13.11.19 – Demokratische Institutionen Block IV, Slapin

Was macht eine Demokratie demokratisch?

1. Prozedere:
 - Wettbewerbswahlen und Wahlkampf
 - Rechtsstaatlichkeit
2. Inhalt:
 - Repräsentation! (des Volkes) Substantiv und deskriptiv
 - Individualrechte

Dahl's *Polyarchie* – sechs Eigenschaften einer repräsentativen liberalen Demokratie
(Dahl's Polyarchie: unvollkommene Annäherung an eine ideale Demokratie)

1. Elected Officials. Entscheidungen werden von Gewählten Beamten kontrolliert.
2. Freie und faire Wahlen
3. Meinungsfreiheit
4. Presse- und Medienfreiheit -> Zugang zu Informationen
5. Versammlungsfreiheit. Bürger haben das recht Gruppen/Vereine/Parteien zu gründen
6. Inclusive citizenship. Keinem Erwachsenen der permanent in dem Land lebt, können die Rechte verweigert werden.

Seine Definitionen fokussieren sich auf Rechte und Prozesse.

Aber verschiedene Prozesse können verschiedene Ergebnisse haben:

Zwei Polyarchien können sich unterscheiden in:

1. Dem Level substantieller Demokratie (dem vermögen die Wähler zu repräsentieren) und descriptiv democracy (Repräsentation auch von Minderheiten)
2. Die Natur der politischen Institutionen

Was sind Politische Institutionen:

1. Formale und informale Regeln der Politik
2. Verfahren höherer Ordnung, die die Politik regeln
3. Institutionen sind schwierig zu ändern, sind „sticky“.

Verfassung:

Viele verschiedene Regeln oder Institutionen können demokratisch sein.

Diese Regeln sind meist in der Verfassung festgehalten und stellen Institutionen auf bzw. definieren die Beziehungen zwischen ihnen:

- Regierungsbranchen (Executive, Legislative, Judikative)
- Bürgern und Regierung
- Politikern und Bürokratie
- Regionen/Peripherie und Zentrum/Städte

Diese Verfassung variiert jedoch sehr von beinahe nicht existent bis sehr komplexe Verträge, können unterschiedlich stark interpretiert werden und sind unterschiedlich leicht/schwer veränderbar.

Oft beinhalten sie eine Liste der Grundrechte und spezifiziert die Beziehung zwischen den Teilen der Regierung. Ausserdem stellt sie die «chains of delegation» auf.

➔ Aufgaben werden weiter delegiert von «principals» an kompetente «agents»,

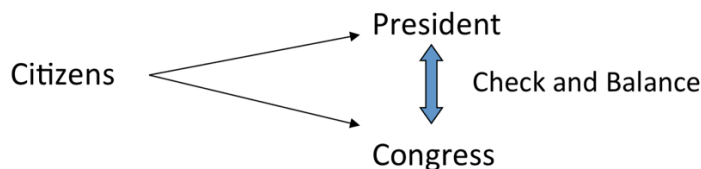
Dies ist:

- Zeitsparend und der Agent ist evtl. kompetenter

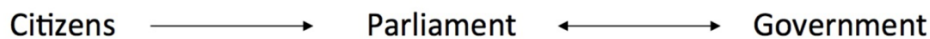
- Jedoch könnte der Agent als «Dritter» auch eigene Ziele haben, einen Informationsvorteil oder «shrink», also nicht das machen, was der Auftraggeber/principal wollte.
- ➔ Überwachung der Auftraggeber bzw. Kontrollmechanismen sind essentiell!

Die Verfassung in repräsentativen Demokratien sind eine Art dieser «Chains of delegation» Hierbei unterscheiden sie sich im Präsidialismus und Parlamentarismus.

Präsidialismus:



Parlamentarismus:



Agenda-setting power:

Präsidentielles System (USA): Kongress schlägt dem Präsidenten Gesetzesänderungen vor.

Parlament (agenda setting power) → Regierung

Parlamentarisches System: Regierung schlägt Gesetzesänderungen dem Parlament vor.

Regierung (agenda setting power) → Parlament

(Hierbei beklagt sich der präsidentielle Präsident, nichts ohne den Kongress machen zu können und das parlamentarische Parlament ein «rubber stamp», (Ja-Sager, Stempel) zu sein.

Die Exekutive

Ausführende/Rechtvollziehende Gewalt -> lat. exsequi

Kann eine Einzelperson oder ein Kollektiv sein. Präsident oder Regierung. (Bundesrat)

Öffentliche Verwaltung wie Polizei ist auch Teil der Exekutive.

Politische Ziele werden gesetzt und Überwachung der Umsetzung der Politik über die Bürokratie.

Die Legislative

Gesetzgebende/Rechtssetzende Gewalt -> lat. Lex, ferre

Parlament, National- und Ständerat (oder auch Volk bei direkter Demokratie)

Kann aus einer oder zwei Kammern bestehen.

Die Judikative

Rechtssprechende Gewalt -> lat. iudicare

Durch Gerichte.

Regelt Streitigkeiten zwischen:

- Teilen der Regierung (Legislative und Exekutive)
- Bürgern und Regierung
- Ebenen der Regierungen (im Föderalismus)

Und überprüft gerichtlich die Verfassungsmässigkeit von Gesetzen, wenn

- ??

Föderalismus

Pro:

- Subsidiarität; die Regierung nahe an BürgerInnen halten
- Glaubwürdigkeitsproblem ist gelöst und die Zentralregierung wird kontrollieren - Effizienz durch Wettbewerb
- Effizienz durch Wettbewerb

cons:

- Kann aber zu Koordinationsproblemen führen, z. B. unterschiedliche Regulierungsstandards
- Oder schlimmer, Wettbewerb Richtung Verschlechterung.
- Möglichkeiten für mächtige Akteure, den Wettbewerb auszunutzen

Heute gibt es auch Regierungen, die in unterschiedlichen Bereichen mit unterschiedlich vielen Ebenen arbeiten. -> komplizierte Delegationsstruktur

Bspw. die School districts in Texas, diese Ebene gibt es nur in diesem Bereich.

In Europa haben wir zwei Trends momentan:

- Hin zu mehr Zentralisierung in Brüssel
- Ablehnung dieser Zentralisierung von Macht hin zu mehr Eigenständigkeit (Brexit)
- Mehr Druck für die Stärkung von Regionen (Schottland, Katalonien)

Sitzung 19: 18.11.19 – Typologies of Regimes

Wie klassifizieren wir demokratische Regime?

1. «Chains of Delegation» (präsidentiell vs. parlamentarisch)
2. Art der Entscheidungsfindung
Konsens, Mehrheit, Föderalistisch, zentralistisch?
3. Stabilität und Veränderung der Policy
Veto Players, wieviel müssen zustimmen/ablehnen für Veränderung?

Parlamentarische vs. präsidentielle Regierung
(Parlamentarisch am häufigsten)

Parlamentarisch: (Fusion of Power)

1. Regierung ist abhängig vom Parlament, Regierung kann Parlament auflösen
2. Regierung plant Agenda (agenda-setting power)

Präsidentiell: (Separation of Power)

1. Legislative und Executive (Parlament und Regierung) separat gewählt
2. Parlament plant Agenda (agenda-setting power)

Variationen der Macht in den Regimen

- Verschiedene Level, wie stark Parlament Regierung kontrollieren kann:
Hoch: UK, Irland
Tief: DE, Schweden
- Verschiedene Macht des Präsidenten
Hoch: Chile
Tief: US

Macht der Regierung+Premierminister im parlamentarischen System: Misstrauens-/Vertrauensvotum

- Parlament kann eine Misstrauensvotum aussprechen, gebunden an einen Gesetzesentwurf. Höhere Macht der Legislative.
Dies ändert die Debatte vom Gesetz zu „im Amt bleiben“. Aber zu kosten.
Höhere Parteidisziplin als im präsidentiellen System
Keine Gewaltenverschmelzung -> Präsident hat nicht so grosse Macht. ?

Ist eine der Arten der Regime besser für Demokratie? Ist eine stabiler als die andere?

➔ Die Linz-Horowitz Debatte

Parlamentarismus:

Pro:

- Klare „Chains of Delegation“ Übertragungskette, Vertretung (Delegierung),
- No fixed terms, Keine fixen Amtszeiten
- Premierminister muss Entscheidung machen in Abhängigkeit mit anderen machen

Con:

- Unklare Wahlergebnisse
- No fixed terms (keine Begrenzte Zeit, Premierminister, bis zur Abwahl)
- Manchmal unklar wer verantwortlich ist

Präsidentialismus:

Pro:

- Klare Wahlergebnisse
- Eine Person ist verantwortlich
- Fixed terms (Zeitlich beschränkt, zb. US Präsident für 4 Jahr dann wieder Wahl)

Con:

- Fixed terms
- Unklare „Chains of Delegation“ „Übertragungskette“, Vertretungen und Delegationen
- Nur eine Person verantwortlich und an der Macht

Linz:

Parlamentarische Regime sind förderlich für die Demokratie, präsidentielle Regimes nicht.

Weniger anfällig für Regimewechsel und Militärputsche.

(Oder andere Variablen spielen mit wie Militärische Hinterlassenschaft, Wohlstand)

(Wir können Regime anhand ihrer verfassungsmässigen „Chain of Delegation klassifizieren, auch wenn sie noch nicht komplett demokratisch sind)

Parlamentarische Regime sind weniger anfällig für Militär Putsche, weil sie bereits halbkonstitutionelle Mechanismen für den Einfluss des Militärs bieten, ohne dass es zu einem Putsch kommt. (Aydogan)

Semi-Präsidentialismus:

Direkt gewählte Präsidenten teilen ihre Verantwortlichkeiten mit dem Premierminister.

Präsidenten sind „Kopf des Staates“ und übernehmen typischerweise Verantwortung für Auswärtspolitik.

Frankreich:

- Präsident kann Nationalversammlung (Legislative) auflösen, ernennt Minister
- Vetorecht. Kann Gesetzesänderung zurück zum Parlament schicken für Überarbeitung
- Kann Gesetz zu verfassungsmässigen Überprüfung vorlegen.

- ABER: kann nicht Premierminister absetzen!
Das Zusammenspiel schränkt Macht des Präsidenten ein, aber weniger wahrscheinlich seit Verkürzung der Amtszeit.

Polen:

- Präsident kann Veto einlegen bei Gesetzen, Weiterleitung an supreme court.

Litauen:

- Präsident kann Veto für Teile von Gesetzen einlegen und neue Änderungen vorschlagen.

Indirekt gewählte Präsidenten:

- Irische Präsident kann Gesetzesentwürfe an High court weiterleiten für a priori Überprüfung.
- Italienischer Präsident kann spezielle Rechte über die Regierung in Krisen
- Deutscher Präsident kann Bundestag auflösen und Neuwahlen ausrufen, wenn keine Mehrheitskoalition zustande kommt.

Mehrheitsdemokratie vs Konsensdemokratie

Mehrheitsdemokratie:

1. Wahlsystem macht Einparteien Regierung
2. Zwei Partei System
3. Einkammer-Legislative
4. Einheitsstaat (kein Föderalismus)
5. Wenig „checks“ der bestehenden Regierung
6. Mehrheit regiert

Pro

- Klare, einfach zu verstehende Ergebnisse
- Schnelle Ansprechbarkeit

Con

- Minderheit muss bis zur nächsten Wahl warten
- Repräsentation nicht vorhanden

Konsensdemokratie

1. Wahlsystem ist proportional, kein einzelner Gewinner
2. Vielparteien System
3. (starke) Zweikammer Legislative
4. Koalitions-Regierung
5. Es braucht Konsens zum Regieren!

Pro

- Lösungen, die für ganz verschiedene Gruppen akzeptabel sind, müssen gefunden werden
- Mehr Bürger haben Beteiligung an der Regierung

Con

- Schwierig Änderungen zu beschliessen
- Unklar wie Wahlen zu Veränderung führen

Veto Players:

(Tsebelis 2002) Seine Theorie fokussiert darauf, wie einfach sich ein System ändern kann.

➔ Jem mehr Vetoberechtigte Personen, und desto weiter sie ideologisch auseinander sind, desto stabiler ist das System!

Bei parlamentarischem System führt es eher zu Neuwahlen...

Bei Präsidentialismus: Kein Regierungswechsel möglich innerhalb der gesetzten Zeit. So weniger gute Reaktion auf Krise möglich.

Sitzung 20: 20.11.19 – Repräsentative und direkte Demokratie

Repräsentative Demokratie geht allgemein um die Repräsentation!

Aber was ist die Rolle eines Repräsentanten?

Zwei Modelle zur Repräsentation:

Delegate Modell:

Repräsentant als Vermittler und Ausführer des Volkswillens. Hier wird angenommen, dass es überhaupt so etwas wie einen Volkswillen gibt und dass dieser erkennbar ist.

«Im Willen des Volkes»

Hier können wir die Repräsentation messen, indem wir die politische Orientierung des Volkes messen und mit den Repräsentanten abgleichen. Wenn das Volk eher rechts ist müssten auch die Repräsentanten eher rechts sein.

Bei dieser Messung ist zu berücksichtigen, dass die Orientierung der WählerInnen nicht immer stabil bleibt, sondern variiert.

Trustee Modell:

Repräsentanten werden gewählt und ihnen wird das Wohl der Nation übertragen. Macht wird vollkommen übertragen. Die gewählte Elite entscheidet was gut ist für das Land/Bevölkerung. Hier wird angenommen, dass es ein eindeutiges «richtig» gibt.

«Fürs Wohl des Volkes»

Akzeptanz ist höher, wenn die deskriptive (beschreibende, der Vielfalt) Repräsentation hoch ist.

Messung: Es ist schwierig den ideologischen Inhalt der Politik zu messen, genauso wie es schwierig ist, diesen mit den Haltungen der Wähler zu vergleichen.

Institutionen und WählerInnen

Die Art der Demokratischen Institutionen spielen eine grosse bei der Repräsentation!

- In Konsensdemokratien wird die politische Mitte stark repräsentiert.
- Unterschiedliche Wahlregeln scheinen die Wahl von Frauen oder Minderheiten zu begünstigen.
- Deskriptive Repräsentation führt zu einer höheren Partizipation und grösserem Vertrauen bei Minderheiten.

- Gerrymandering und Malapportionment haben auch eine Einfluss auf die Repräsentation:

Gerrymandering:

Politiker ziehen ihre Wahlkreise so, um das Wahlergebnis zu manipulieren.

Trotzdem legitime Gründe dafür:

- Repräsentation von Minderheiten im eigenen Wahlkreis
- Menschen mit ähnlicher Gesinnung leben nahe bei einander

Lösungen für Gerrymandering:

- Wahlkreisziehung von nicht beteiligten

- Nur natürlichen Grenzen oder existierenden politischen Grenzen bei der Wahlkreisziehung folgen
- Oder Proporzwahlssystem! (siehe V21)

Malapportinment:

Repräsentanten präsentieren unterschiedlich viele Individuen. Dann sind gewisse Stimmen (der Bevölkerung) mehr wert als andere. Verletzung des Ein-Wähler-Eine-Stimme Prinzips. Bsp.: Kanton Zürich hat eine so grosse Population wie die 12 kleinsten Kantone zusammen. Also sind die Stimmen im Kanton Zürich weniger wert.

Vor allem in Föderalen System ist Malapportionment ein Problem! Positiv ist, dass es die Repräsentation von kleineren Systemen überhaupt erst ermöglicht.

Problem:

- Politikern schenken überrepräsentierten Bereichen mehr Aufmerksamkeit
- Kann Ideologien verschieben und parteiische Zusammensetzung verändern
- Überrepräsentation von ländlichen Interessen oder kleinen Kantonen/Staaten

Direkte Demokratie

Wieso nicht direkt an die WählerInnen wenden?

Aber wer schreibt die Fragen, über die die WählerInnen abstimmen? Politiker oder Wähler?

➔ Referendum vs. Volksinitiative

Und wie kommt eine Frage zur Abstimmung?

- Referenden, die vom Gesetz angeordnet sind (Bspw. Verfassungsänderungen)
- Politiker können das Volk über etwas abstimmen lassen (Brexit)
- Volksinitiativen oder fakultatives Referendum (CH, Californien)

Führt direkte Demokratie zu einer besseren Repräsentation?

Die Annahme, dass direkte Demokratie zu einer besseren Repräsentation führt ist nicht direkt falsch, es gilt jedoch folgendes zu beachten:

- Themengestaltung und Formulierung der Frage spielen eine sehr grosse Rolle, die die dies machen, haben somit viel Kontrolle.
- Verschiedene Regelungen führen zu verschiedenen Ergebnissen.
- Je komplexer die Frage, desto schwierig den „Volkswillen“ daraus abzulesen.
- Kann zu einer Tyrannei der Mehrheit führen.
- Eventuell muss ein Vetospieler eingeführt werden
- Hohes Wissen/Informationszugang sowie Interesse des Wählers wird vorausgesetzt.

Demokratische Erfindung: **Deliberative Demokratie** (deliberativ = beratend)

Inputorientiertes Demokratiemodell, bei dem der öffentlicher Diskurs im Mittelpunkt steht und somit auch die Willens- und Meinungsbildung der WählerInnen. Es gibt:

- Die Möglichkeit für BürgerInnen zusammenzukommen und Beweise und Argumente für oder gegen eine Abstimmung zu diskutieren.
 - Es ist erwiesen, dass sie hiermit das Wissen, Verstehen und die Beteiligung der WählerInnen erhöhten.
- ➔ Wurde in Irland angewandt vor dem kontroversen Referendum zu Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen.

Sitzung 21: 25.11.19 – Wahlsysteme (Leemann)

Wie können Präferenzen ausgedrückt werden?



Wahlsysteme: Mechanismen, die wir brauchen, um die Präferenzen von BürgerInnen in (Parlaments-)sitze übersetzen zu können.

Drei grundsätzlich verschiedene Haupttypen:

- Majorz (Mehrheitssystem)
- Proporz (Proportional) Proportionale Wiedergabe
- ➔ Viele Mischformen, (zb. Deutschland)

Das sind die Kerngrößen eines Wahlsystems,

Wie kann man Wahlsysteme beschreiben?

- Elektorale Formel: Wie gehen wir von den Stimmen in die Sitze?
- Stimmstruktur (ballot structure) Wie wird gestimmt?
Individuen oder Listen? (Unterschied bei uns Nationalrat und Ständerat)
- Distriktmagnitude:
Wie viele Sitze in einem Wahldistrikt vergeben werden
Israel: Ein einziger Wahldistrikt

Majorz (Mehrheitswahlrecht)

- KandidatIn mit den meisten Stimmen gewinnt (absolute oder relative Mehr)
- Tendiert dazu stärkere/stärkste Parteien auf Kosten von kleineren Parteien zu bevorzugen..
- Meist im Einerwahlkreis (Ein Sitz pro Wahlkreis)

➔ Verschiedene Formen:

Einerwahlkreis mit einfacher Mehrheit: (Single-member district with plurality)

- KandidatIn mit höchster Stimmenzahl gewinnt (im Verhältnis! Also bspw. 21%, Problem: 79% wollen diese Person nicht).
- Klarer Link zwischen Wahlkreis und ParlamentarierIn
- Kann aber zu starker nationaler Verzerrung der Ergebnisse führen. Wenn bspw. in Zehn Wahlkreisen überall A=36%, B=35%, C=29%, dann gewinnt A 100% der Sitze obwohl sie nichtmal 40% der Stimmen hat.
- Beispiel: UK und ehemalige Kolonien

Zweirundensystem:

- Wenn im ersten Wahlgang keine KandidatIn das absolute Mehr erreicht, kommt es zu einem zweiten Wahlgang, bei dem das relative Mehr ausreicht.
- Variationen: Kandidierende kommen nur in 2. Wahlgang, wenn sie eine bestimmte Schwelle überschreiten (z.B. 12.5% in Frankreich)⁹
- Oft scheiden Kandidaten freiwillig in der zweiten Runde aus

- Vorteil gegenüber einfache Mehrheit:
WählerInnen können in erster Wahlrunde ehrlich wählen und keine „verschwendeten“ Stimmen.
- Beispiel: Frankreich

Präferenzstimmen:

- WählerInnen geben Präferenzen zu allen Kandidierenden an
- Wenn niemand das absolute Mehr erreicht, dann wird schlechteste Kandidatin gestrichen und ihre Stimmen verteilt. Wiederholung bis jemand das absolute Mehr erreicht.
- Es gibt keine verschwendeten Stimmen
- Beispiel: Australien

Proporz (Proportionales Wahlrecht)

- Mehrere Kandidatinnen pro Wahlkreis
- Sitze werden proportional auf Parteien verteilt.
- ➔ Nur möglich mit Parteien, weil es auf einer Liste basiert!
- Es gibt offene und geschlossene Listen. (CH: offene Liste, weil panaschieren, kumulieren und streichen möglich ist)
- Führt zu kleineren und mehr Parteien im Parlament. Teilweise Sperrklauseln (als Mindesthürden für Sitze) um (Partei)Zersplitterung zu verhindern.
- Abgrenzung Majorz: Mehrere Sitze pro Distrikt und man berechnet für jeden Sitz Stimmengrenzwerte (-> Quota oder divisor)

Listensystem:

- Jede Partei bildet eine Liste mit Kandidat*innen
- Quota definiert nötige Stimmenzahl, um einen Sitz zu erhalten.
 - $Q_d = \frac{V_d}{M_d + n}$
 V_d : gültige Stimmen in d , M_d : Distriktmagnitude, $n = 0,1,2,\dots$
 (Hare, Droop, Imperiali, ...)
- Distriktmagnitude: je mehr Sitze vergeben werden, desto proportionaler kann das Resultat ausfallen. Besonders wichtig für kleinere Parteien.
- Und dann braucht es noch einen Mechanismus, wie die restlichen Sitze vergeben werden (grösster Rest, höchster Durchschnitt, modifizierter höchster durchschnitt)

➔ Beispiel: Hare und grösster Rest

	Party A	Party B	Party C	Party D	Party E	Party F	Total
Votes	47,000	16,000	15,800	12,000	6,100	3,100	100,000
Seats							10
Quota							10,000
Votes/quota	4.7	1.6	1.58	1.2	0.61	0.31	
Automatic seats	4	1	1	1	0	0	7
Remainder	0.7	0.6	0.58	0.2	0.61	0.31	
Remainder seats	1	1	0	0	1	0	3
Total seats	5	2	1	1	1	0	10

➔ Beispiel: Hare und grösster Durchschnitt

	Party A	Party B	Party C	Party D	Party E	Party F	Total
Votes	47,000	16,000	15,800	12,000	6,100	3,100	100,000
Seats							10
Quota							10,000
Votes/quota	4.7	1.6	1.58	1.2	0.61	0.31	
Automatic seats	4	1	1	1			7
Votes/Automatic seats	11,750	16,000	15,800	12,000	0	0	
Remainder seats	0	1	1	1	0	0	3
Total seats	4	2	2	2	0	0	10

(Hare und grösster Durchschnitt meist zum Nachteil kleinerer Parteien)

➔ Oder Divisor anstatt Quota

TABLE 12.10 Translating Votes into Seats Using the d'Hondt System

	Party A	Party B	Party C	Party D	Party E	Party F	Total
Votes	47,000	16,000	15,800	12,000	6,100	3,100	100,000
Seats							10
Votes/1	47,000 (1)	16,000 (3)	15,800 (4)	12,000 (6)	6,100	3,100	
Votes/2	23,500 (2)	8,000 (9)	7,900 (10)	6,000	3,050	1,550	
Votes/3	15,666 (5)	5,333	5,266	4,000	2,033	1,033	
Votes/4	11,750 (7)	4,000	3,950	3,000	1,525	775	
Votes/5	9,400 (8)	3,200	3,160	2,400	1,220	620	
Total seats	5	2	2	1	0	0	10

Note: The numbers in parentheses indicate the order in which the ten seats in the district are allocated among the parties.

Doppelter Pukelsheim

Versucht eine noch gerechtere Lösung zu finden als ein normales Proporz-system. „doppeltproportionale Divisormethode mit Standartrundungen“

➔ „Apèro Wissen“, nicht so wichtig

Verteilung kann noch proportionaler sein, weil Zuteilung auf kantonaler Ebene nach Parteienstärke. Dann werden für jede Partei ihre Sitze nach Wahlkreisen vergeben. (In Kantonen ZH, AG, SH, NW, ZG, SZ und einige Städte)

Nachteil: Partei A kann mit weniger Stimmen als Partei B im Wahlkreis1 trotzdem mehr Sitze gewinnen.

Proporz auch ohne Listen möglich:

Single Transferable Vote

➔ Ähnlich Präferenzstimme, BürgerInnen geben Reihenfolge an (mind. 1 KandidatIn)

Beispiel: Irland

TABLE 12.13 The STV in a Three-Seat District with Twenty Voters

Voting round	Candidates					Result
	Bruce	Shane	Sheila	Glen	Ella	
1st						Sheila is elected and Sheila's surplus votes are reallocated
2nd						Shane is eliminated
3rd						Bruce is elected
4th						Ella is eliminated and Glen is elected

Note: Each icon represents a ballot and each type of icon reflects a particular rank ordering of the candidates. See Table 12.12 to see the particular rank ordering of the candidates associated with each icon.

TABLE 12.12 Results from Twenty Ballots in an STV Election

Voting round	1st	2nd	3rd
1st			
2nd			
3rd			

Note: Each icon represents a ballot and each type of icon reflects a particular rank ordering of the candidates.

Effekte von Wahlsystemen:

Direkte Konsequenzen:

- Mechanische Effekte: Schwierigkeiten für kleine Parteien in Majorz.
- Strategische Effekte:

Bürger*in	Partei
Majorz	Stimmen nicht zwingend für erste Wahl
Proporz	Ehrliche Stimmabgabe
	Eher Bündnisse
	Freie Parteibindung
- Duverger's Law: Majorz reduziert Anzahl Parteien, Proporz steigert Anzahl Parteien.

- Proporz führt eher zu Koalitionsregierungen, Eher Mitte-Links Regierungen (und somit mehr Umverteilung) und dann zu höheren Staatsausgaben (daran gibt es aber Zweifel!

Historische Entwicklung:

- Nationalstaaten im 19 Jh. haben Majorzsystem.
- Stein Rokkan erklärt die Änderung zu Proporz wie folgt:
Ende 19 Jh, Ausdehnung aktives Wahlrecht, Industrialisierung erhöht Unterstützung für Sozialisten/Sozialdemokraten. Etablierte Parteien (Liberale/Konservative) fürchten deswegen um Verluste bei zukünftigen Wahlen und führten deshalb Proporz als Schutz ihrer Machtposition ein.

Schweiz:

- Drei Initiativen für die Einführung von Proporz in der Schweiz in gewissen Kantonen, Magnitude unterscheidet sich aber stark! (Magnitude Matters!)
- Erste Proporzahlen 1919: starke Gewinne SP und BGB, Verlust FDP.
- Bis heute sind Fragen zum Wahlrecht politisch virulent.